

von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 19. März 1982

Blatt 763

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: 24 Amtshäuser behindertengerecht

(rosa) Früherkennung von Gefäßerkrankungen

Pfoch: Wohnungssuchende leiden unter Bundesratseinspruch

Neuer Leiter der E-Werke

Gratz: Keine Gaspreiserhöhung

Nur

über FS: 19.3. Bauarbeiten auf der Autobahnverbindung Altmannsdorf Stadtbahn zwischen Währinger Straße und Meidling gestört 24 Amtshäuser behindertengerecht

#Wien, 19.3. (RK-KOMMUNAL) In 24 Amtshäusern der Stadt Wien wurden und werden, wie die Wochenzeitung "Wien aktuell" meldet, Erleichterungen für Behinderte eingebaut. Dabei geht es vor allem um die Schaffung von behindertengerechten Eingängen und Aufzügen. Wo dies nicht möglich ist, werden bei den Eingängen Gegensprechanlagen angebracht, über die sich Behinderte mit einem Beamten in Verbindung setzen können, der ihnen dann weiterhilft. Entsprechend einem Auftrag von Bürgermeister Leopold GRATZ wird bei allen Renovierungen und Umbauten von Amtshäusern im Einvernehmen mit Vertretern der Behinderten geprüft, welche Verbesserungen für Behinderte möglich sind.#

Behindertengerechte Zugänge wurden in folgenden Amtshäusern geschaffen: Rathaus (Stiege 7), Ebendorferstraße 2, Rathausstraße 1, Schottenring 22-24, Lerchenfelder Straße 4, Hietzinger Kai 1-2, Richard-Wagner-Platz 19.

Gegensprechanlagen wurden (oder werden in nächster Zeit) in folgenden Amtshäusern installiert: Ebendorferstraße 1, Karmelitergasse 9, Karl-Borromäus-Platz 3, Schönbrunner Straße 54, Amerlingstraße 11, Hermanngasse 24, Lange Gasse 30, Währingerstraße 39, Enkplatz 2, Elterleinplatz 14, Martinstraße 100, Perchtoldsdorfer Straße 2.

Weiters sind folgende Verbesserungen in Arbeit: Schlesingerplatz 4 eine behindertengerechte Rampe zum Aufzug; Floridsdorf Am Spitz und Laxenburger Straße 43-47 Umbau des Aufzugs für die Benützung durch Behinderte; Dresdner Straße 75 verschiedene Einrichtungen für Behinderte. (Schluß) sti/bs

NNNN

Früherkennung von Gefäßerkrankungen

Utl.: Neue Angiologische Abteilung im Allgemeinen Krankenhaus =++++

#Wien, 19.3. (RK-KOMMUNAL) Bluthochdruck, Zuckerkrankheit, Rauchen, fehlerhafte Ernährung, aber auch Streß sind die häufigsten Risikofaktoren für Gefäßerkrankungen. An der I. Medizinischen Universitätsklinik im Allgemeinen Krankenhaus wurde vor kurzem eine neue Angiologische Abteilung (Vorstand Univ.-Prof. Dr. Herbert EHRINGER) zur Früherkennung von Gefäßerkrankungen in Betrieb genommen. Freitag wurde die neue Einrichtung in Anesenheit von Wisschenschaftsminister Dr. Hertha FIRNBERG, Bürgermeister Leopold GRATZ, Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER und Finanzstadtrat Hans MAYR erstmals vorgestellt.#

Die in einem Zubau untergebrachte Abteilung besteht aus einem Ambulanz- bzw. Laborbereich und einer Bettenstation mit insgesamt 26 Betten (Zwei- bis Fünfbett-Zimmer), von denen acht Intensivbetten sind. Die große Bedeutung dieser Abteilung wird durch die jährlich steigenden Patientenfrequenzen unterstrichen: Im Jahr 1980 betrug die Gesamtfrequenz rund 9.000 Patienten, von denen 2.500 neue Patienten waren. Im Rahmen der Ambulanz – sie ist mit den modernsten medizinisch-technischen Geräten ausgestettet – können vier bis fünf Patienten gleichzeitig untersucht werden. Spezielle Messungen des Blutes sowie Isotopenmessungen ermöglichen exakte Diagnosen bei eventuell vorhandenen Thrombosen und Durchblutungsstörungen einzelner Gefäße.

Zwtl.: Ultraschall-Angiographie

Als Spezielmethode steht unter anderem eine Ultraschall-Angiographie zur Verfügung, mit deren Hilfe eine eigene Meßsonde, die über die Haupt geführt wird, ein Abbild der darunter befindlichen Arterien vermittelt. Diese Methode ist besonders zur Untersuchung der das Gehirn versorgenden Halsschlagader wichtig. Veränderungen der Arterienwände können mittels eines Ultraschall-Scanners festgestellt werden.

Zwtl.: Auflösung von Arterienverschlüssen ohne Operation

Neu ist auch ein medikamentöses Therapieverfahren zur Auflösung von Arterienverschlüssen und Venenthrombosen. Dabei handelt es sich um ein aus Schlangengift entwickeltes Medikament, durch dessen Anwendung ein operativer Eingriff vermieden werden kann. (Schluß) zi/bs

Pfoch: Wohnungssuchende leiden unter Bundesratseinspruch =++++

Bundesrats-Einspruchs u. a. gegen das Bundes-Sonderwohnbaugesetz
1982 sind nicht nur zahllose Mieter und Wohnungssuchende, sondern
auch große Bereiche der regionalen Bauwirtschaft, die gerade jetzt
arbeitsplatzerhaltende Aufträge dringendst benötigen. Das stellte
Landtagspräsident Hubert PFOCH in einem Schreiben an den Präsidenten
und die Wiener Mitglieder des Bundesrates fest. Er appellierte an
sie, bei ihren Entscheidungen als Mitglied des Bundesrates stets in
allererster Linie die Bedürfnisse und Anliegen der Wiener
Bevölkerung im Auge zu haben und dieser Zielsetzung alle anderen
Erwägungen unterzuordnen.#

Wie Landtagspräsident Pfoch weiter ausführte, wurde die Bevölkerung vor kurzem durch die Nachricht überrascht, daß infolge des Abstimmungsverhaltens der öVP-Mitglieder des Bundesrates gegen Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates der Bundesrat gegen das Bundes-Sonderwohnbaugesetz 1982 und das Gesetz zur Förderung der Erhaltung und Verbesserung von Wohnhäusern sowie die Stadterneuerung Einspruch erhoben hat. Dieses Votum erscheine umso unverständlicher, schreibt Pfoch weiter, als es sich auf Maßnahmen bezieht, die der Schaffung neuen bzw. verbesserten Wohnraums zu günstigen Bedingungen dienen und als solche ideologischen und tagespolitischen Auseinandersetzungen entrückt sein sollten. Die Interessen der Wiener Bevölkerung werden deshalb besonders nachteilig berührt, weil durch die Vorgangsweise der öVP die Errichtung und Sanierung hunderter Wohnungen im Stadtgebiet völlig unnötig verzögert werde.

Landtagspräsident Pfoch wies darauf hin, daß angesichts dieser Umstände der Wiener Gemeinderat den Bürgermeister ersucht hat, an ihn, Pfoch, als Präsident des Wiener Landtages mit der Aufforderung heranzutreten, "den vom Wiener Landtag in den Bundesrat entsendeten Mitgliedern die Vertretung der Interessen Wiens in diesem Organ der Bundesgesetzgebung mit Nachdruck nahezulegen." (Schluß) and/gg

Neuer Direktor der E-Werke

#Wien, 19.3. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener E-Werke haben einen neuen Direktor: Der bisherige Technische Vizedirektor Dipl.-Ing. Helmut KASTL trat am Freitag die Nachfolge von Direktor Dipl.-Ing. Arnold POPPER an, der in Pension ging.#

An der Amtseinführung des neuen und der Verabschiedung des scheidenden Direktors nahmen Freitag Bürgermeister Leopold GRATZ, Personalstadtrat Franz NEKULA, Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION, Stadtwerke-Generaldirektor Dr. Karl REISINGER, Obersenatsrat Dr. Alfred PEISCHL sowie zahlreiche leitende Beamte der Wiener Stadtwerke und des Magistrats und Vertreter der Gewerkschaft mit den Landtagsabgeordneten Rudolf PÖDER und Otto HIRSCH an der Spitze teil.

Bürgermeister Gratz würdigte in seiner Ansprache die großen Verdienste von Direktor Popper und verband seine Glückwünsche für den neuen Direktor Kastl mit der Feststellung, daß die Wiener E-Werk als eines der größten Energieversorgungs-, Industrie- und Dienstleistungsunternehmen österreichs einer der vielen Beweise gegen die in manchen Medien vertretene Auffassung sind, daß Unternehmungen der öffentlichen Hand sozusagen automatisch schlechter und ineffizienter arbeiten als private Betriebe.

Der scheidende E-Werke-Chef Popper stand seit 1973 als
Technischer Vizedirektor, seit 1978 als Direktor an der Spitze des
Unternehmens. In diese Zeit fielen unter anderem der Bau des
Kraftwerkes Donaustadt, des Gasturbinenkraftwerkes Leopoldau und des
neuen Blockkraftwerkes mit Kraft-Wärme-Kupplung in Simmering.
Besondere Verdienste erwarb sich Popper um die Planung und
Errichtung der 380-kV-Verbindung zwischen Simmering und
Kendlerstraße, die eine technische Pionierleistung darstellte.

Dipl.-Ing. Kastl, Jahrgang 1937, leitete nach einer mehrjährigen Tätigkeit im Kraftwerk Simmering Bau und Betrieb des Kraftwerkes Donaustadt und des Gasturbinenkraftwerkes Leopoldau. Seit 1978 war er Technischer Vizedirektor der Wiener E-Werke. (Schluß) ger/gg Gratz: Keine Gaspreiserhöhung =++++

7 #Wien, 19.3. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ teilte Freitag mit, daß vorerst kein Antrag auf eine Erhöhung der Wiener Gaspreise gestellt wird. Da der Preis für sowjetisches Erdgas mit dem Erdölpreis gekoppelt ist, kann für Anfang April eine Senkung des Preises für dieses Gas erwartet werden. Die Gaswerke rechnen damit, daß diese Senkung 10 bis 11 Groschen pro Kubikmeter ausmachen könnte. Da am gesamten Gasbezug das sowjetische Gas mehr als 78 Prozent ausmacht, könnte damit die Verteuerung des Inlandgases um 50 Groschen, die von der öMV mit Genehmigung der Preisbehörde ab 13. März vorgenommen wurde, annähernd kompensiert werden.#

Gratz sagte, daß die betriebswirtschaftlichen überlegungen der Wiener Stadtwerke, aus denen sich die Rechtfertigung einer Gaspreiserhöhung ergibt, zweifellos zu den Pflichten einer verantwortungsbewußten Unternehmensführung gehören. Niemand kann ein Interesse daran haben, die Gaswerke finanziell auszuhungern. Aber diese überlegungen sollten nicht mit der Verteuerung von Inlandgas verbunden werden, wenn gleichzeitig erwartet werden kann, daß Importgas billiger wird. (Das sowjetische Gas wird allerdings auch nach diesen Preisveränderungen noch immer wesentlich teurer als das inländische sein).

Gratz verwies darauf, daß die Wiener Gaswerke eine große
Belastung haben, die andere nicht tragen müssen: Die
Speicherkapazität wurde auf 464,5 Millionen Kubikmeter ausgebaut.
Damit kann für ein halbes Jahr die volle Versorgung gewährleistet werden. Das gespeicherte Gas ist aber bereits bezahlt. Das heißt, daß bei den Wiener Gaswerken ein Kaptial von 1.245 Millionen
Schilling ständig in den Speichern gebunden ist. Aus Gründen der sicheren Versorgung und der Neutralitätspolitik ist diese
Vorratspolitik jedoch notwendig.

Gratz wandte sich gegen die irreführenden Vergleiche mit München. Eine Kilowattstunde Gas kostet für die Haushalte im Durchschnitt in München 62,2 Groschen, in Wien 50,44 Groschen. Auch nach der angekündigten Preissenkung wird das Gas in München durchschnittlich 60,02 Groschen kosten. Dazu kommt noch die Mehrwertsteuer, die in jedem Fall 13 Prozent ausmacht. (Schluß) sti/gg